

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Bau- Umwelt- und Klimaausschusses am Montag,
05.06.2023, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Kirchstr. 1, 26215 Wiefelstede

Anwesend:

Vom Bau- Umwelt und Klimaausschuss

Ausschussvorsitzender

Jens Nacke CDU

Ausschussmitglied

Hartmut Bruns FDP

Heinz-Gerd Claußen CDU Vertreter für Heiko Siemen

Jörn Eilers CDU

Lutz Helm SPD

Enno Kruse UWG

Cornelia Kuck B 90/Grüne Vertretung für Yanna Badet

Dorit Schulz SPD

Günter Teusner B 90/Grüne

Joachim Thiel CDU

Jörg Weden SPD Vertretung für René Schönwälder

beratendes Mitglied

Dirk Schröder fraktionslos

hinzugewähltes Mitglied

Dieter Popken Seniorenbeirat Wiefelstede

Jan-Marken Schön

Lea Semken

Dr. Klaus Wemken Seniorenbeirat Wiefelstede

Michael Wilkens Hegering

von der Verwaltung

Erik Baumann Klimaschutzbeauftragter

Annika Jepping Bauleitplanerin und Protokollführerin

Jessica zu Jeddelloh Fachdienstleiterin Bauen und Planen

Gäste

Frank Jacob Nordwest-Zeitung

Wolfgang Wittig Der Wiefelsteder

ca. 20 Zuhörer_innen

Abwesend:

von der Verwaltung

Jörg Pieper Bürgermeister (entschuldigt)

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung und Begrüßung

Ausschussvorsitzender Nacke begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Mitglieder

Die ordnungsgemäße Ladung und die anwesenden Mitglieder werden festgestellt.

3. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit wird vom Ausschussvorsitzenden festgestellt.

4. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Ausschussmitglied Claußen schlägt vor, TOP 11 „Bericht des Klimaschutzbeauftragten zum Sachstand des Klimaschutzkonzeptes“ vor TOP 9 „Erstellung einer Potentialanalyse für Freiflächen-Photovoltaikanlagen“ zu beraten. Herr Claußen erhofft, dass der Vortrag vom Klimaschutzbeauftragten Herrn Baumann, entscheidungsrelevante Inhalte für den TOP 9 beinhaltet.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Fassung einstimmig festgestellt.

5. Beschlussfassung über die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung

Es wird kein Bedarf für eine Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung festgestellt.

6. Einwohnerfragestunde

Es werden seitens der anwesenden Einwohner keine Fragen oder Hinweise vorgebracht.

7. Genehmigung der Niederschrift vom 23.01.2023

Die Niederschrift über die Bau-, Umwelt- und Klimaausschusssitzung am 23.01.2023 wird einstimmig genehmigt.

8. Vorstellung A. Jepping (neue Mitarbeiterin in der Bauverwaltung für den Bereich Bauleitplanung)

Die neue Bauleitplanerin Annika Jepping stellt sich kurz dem Bau-, Umwelt- und Klimaausschuss vor und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit in dem Fachausschuss.

Ausschussvorsitzender Nacke begrüßt Annika Jepping im Namen aller Ausschussmitglieder.

9. Bericht des Klimaschutzbeauftragten zum Sachstand des Klimaschutzkonzeptes Vorlage: B/2301/2023

Klimaschutzbeauftragter Herr Baumann erläutert anhand einer Präsentation den aktuellen Stand der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes.

Ausschussmitglied Kruse bittet darum die Präsentation als Anlage der Niederschrift beizufügen.

Ausschussmitglied Bruns erfragt, wann die Ziele formuliert und im Zeitplan festgelegt werden.

Klimaschutzbeauftragter Baumann erklärt, dass die konkreten Ziele sich aus den Ergebnissen der Treibhausgas-Bilanzierung, der Potentialanalyse sowie dem kommenden Beteiligungsprozess ergeben werden. Diesen Prozess müsse man sich wie einen Trichter vorstellen. Oben gehen alle relevanten Daten ein. Im Laufe der Prozessierung spezifizieren sich die Ziele bis zum Endergebnis.

Herr Baumann erläutert weiter, dass die Treibhausgas-Daten weitestgehend aufgenommen worden sind und nun durch das beauftragte Unternehmen BEKS zusammengefasst werden. Das Ergebnis wird der Verwaltung in ca. drei Wochen vorgestellt. Grundsätzlich sei festzustellen, dass die Gemeinde Wiefelstede sich im vorgegebenen Zeitrahmen befinde.

Es gibt keine weiteren Anfragen oder Anregungen.

Der Bau-, Umwelt und Klimaausschuss nimmt den Sachstandbericht zur Kenntnis.

10. Erstellung einer Potentialanalyse für Freiflächen-Photovoltaikanlagen Vorlage: B/2302/2023

Fachbereichsleiterin zu Jeddelloh weist auf die Sitzung vom 28.11.2022 hin, in der schon einmal über eine Potentialstudie für Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Gemeindegebiet beraten wurde. Des Weiteren erläutert die Fachbereichsleiterin, warum die Potentialanalyse grundsätzlich für die Gemeindeverwaltung und für den Umgang mit den zahlreichen Anfragen so wichtig ist. Der Verwaltung liegen bereits Anträge auf die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen vor. Regelmäßig gehen weitere Anfrage bei der Verwaltung ein, sodass davon auszugehen ist, dass noch weitere Anträge folgen.

Bei den Freiflächen- Photovoltaikanlagen handelt es sich nicht um privilegierte Maßnahmen nach dem BauGB, somit wären für jedes Vorhaben eine Bauleitplanung durchzuführen. Im Rahmen der Standortbegründung bräuchte man gegebenenfalls Daten dieser Potentialanalyse.

Ausschussmitglied Bruns findet dieses Thema heikel. Auf der einen Seite gibt Niedersachsen die Vorgabe bis 2040 klimaneutral zu sein. Auf der anderen Seite muss die Gemeinde dies wohlüberlegt umsetzen. Für eine Entscheidung fehlen ihm noch Zahlen zu erreichender Flächengröße und wie viele privilegierte Flächen im Gemeindegebiet noch zur Verfügung stehen würden. Eine Potentialanalyse sei zwar notwendig, aber aus seiner Sicht derzeit verfrüht.

Ausschussmitglied Weden sagt, dass die SPD der Potentialanalyse zustimme, wie bereits im November. Er verweist auf die Beratung vom 28.11.2022 und die Vorgabe aus dem NKlimaG zur Ausweisung von mindestens 0,47 Prozent der Landesfläche. Die Verwaltung bekomme durch die Potentialstudie eine Planungsgrundlage und eine Handlungsfähigkeit.

Ausschussmitglied Kuck sagt, dass man mit der Potentialstudie ein Handwerkszeug für die Flächensuche an die Hand bekomme und stimme der Studie zu.

Ausschussmitglied Eilers benötige für seine Entscheidung noch grundsätzliche Daten und Zahlen. Er möchte wissen, wie viele Fläche schon mit den vorhandenen Freiflächen- Photovoltaikanlagen abgedeckt seien und wie viele privilegierte Flächen, wie neben den Bundesautobahnen, es im Gemeindegebiet gäbe. Er stehe Freiflächen-PV-Anlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen sehr kritisch gegenüber und gibt die Nachteile zu bedenken. Er fragt den Klimaschutzbeauftragten, ob dieser die aktuelle Gesamtgröße aller Solarflächen zur Hand habe. Denn man könne jetzt schon die erwünschten 0,47 % erreicht haben.

Ausschussmitglied Claußen sagt, dass er ebenfalls eine Bestandaufnahme aller PV-Anlagen haben möchte und erwarte diese Auskunft vom Klimaschutzbeauftragten Baumann. Außerdem können die Freiflächen-PV-Anlagen das Landschaftsbild stark stören. Touristen könnten deswegen fernbleiben.

Ausschussmitglied Teusner entgegnet, dass eine Potentialstudie all diese Fragen beantworten würde. Man solle diese lediglich als Vorschlag ansehen, wo und was gemacht werden könne. Die Entscheidung läge trotzdem weiterhin beim Gemeinderat. Außerdem solle man im Hinblick auf die Energiewende nicht noch mehr Zeit verlieren. Herr Teusner bittet alle Ausschussmitglieder um Unterstützung.

Ausschussmitglied Kruse stimmt der Potentialanalyse grundsätzlich zu. Der Ablauf sei jedoch aus seiner Sicht falsch. Man benötige erst den Ist-Zustand der Solarflächen. Sein Kompromissvorschlag wäre, dass die Gemeindeverwaltung die Information über die Flächenangaben nachreiche und man in der Sitzung am 20.06.2023 neu berate.

Klimaschutzbeauftragter Baumann erklärt, dass er lediglich Informationen über die Leistungen der bestehenden Solaranlagen bekannt sei, aber nicht auf wieviel Gemeindefläche diese stehen würden.

Fachbereichsleiterin zu Jeddelloh appelliert noch einmal an den Ausschuss, die Entscheidung nicht weiter hinaus zu zögern. Die vorliegenden Anträge müssen abgearbeitet werden. Nach ihrer Auffassung sollte man die Potentialanalyse auch nicht mit den geforderten Flächenzielen verknüpfen. Hierbei solle es sich lediglich um eine Flächenanalyse handeln.

Beratendes Mitglied Schröder findet den Zeitpunkt falsch. Die Gemeinde müsse sich grundsätzlich bekennen, ob sie die Klimaschutzneutralität unterstütze. Zunächst müssen die THG-Bilanz-Ergebnisse vorliegen. Denn nur darauf könne man die Ziele für Wind, Solar und andere Klimaschutzmaßnahmen ableiten. Demnach müsse man zunächst die Ergebnisse im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes abwarten.

Ausschussmitglied Helms appelliert, dass wir keine nützliche Zeit verstreichen lassen sollten.

Ausschussmitglied Bruns vergleicht mit Wind. Windenergieanlagen seien privilegiert. Mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen ändere sich die Wertschätzung des Bodens vor allem für die landwirtschaftlich genutzten Bodenflächen. Er Sorge sich darum, dass Nahrung und Futtermittel für die Gemeinde aus anderen Regionen beschafft werden müsse.

Ausschussmitglied Dr. Wemken sagt, dass bei Wind lediglich begrenzte Flächen möglich seien. Photovoltaikanlagen könne man überall hinstellen, wo Sonneneinstrahlung seien. Er weist mit seiner Expertise darauf hin, dass Bio-Energie der von Wind und Solar zu bevorzugen seien.

Ausschussmitglied Kruse fragt nach, wo in den Unterlagen der Beratungsvorlagen steht, dass die aktuellen Flächen im Rahmen der Analyse erfasst werden. Es fehlen ihm Flächenangaben zu Photovoltaikanlagen.

Fachbereichsleiterin zu Jeddelloh beantwortet mit Bezug auf die von der Verwaltung ausgearbeiteten Zusammenfassung der empfohlenen Planungsstrategie für Freiflächen-Photovoltaikanlagen des Niedersächsischen Landtages (NLT), wie die Flächen in Gunst-, Restriktions- und Ausschussflächen eingruppiert werden. Zudem weist Frau zu Jeddelloh nochmals darauf hin wie wichtig eine Potentialanalyse für Abarbeitung der vorliegenden Anträge aus Verwaltungssicht sei.

Ausschussmitglied Eilers sorgt sich darum, dass Landwirte ihre Flächen absichtlich schlechter bewerten, um aus diesen photovoltaikgeeigneten Flächen zu machen. Man solle aus diesem Grund nicht ohne Notwendigkeit an die landwirtschaftlich genutzten Flächen ran gehen. Er hinterfrage die Notwendigkeit, ob überhaupt zusätzliche Photovoltaikfläche gesucht werden müsse. Herr Eilers plädiert für die Untersuchung des IST-Zustands auf privilegierten Flächen und spricht sich eindeutig gegen Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen aus.

Ausschussmitglied Kuck findet die Sorge unbegründet.

Beratendes Mitglied Schröder verdeutlicht, dass Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Gegensatz zu Windenergieanlagen keine privilegierten Vorhaben gem. § 35 BauGB sind. Anträge die ohne diese Potentialstudie vorliegen, hängen von den Entscheidungen der Verwaltungsausschüssen ab. Mit dieser Studie bekomme die Verwaltung jedoch eine Handlungsanleitung an die Hand und könne somit der Pflicht gegenüber den Antragsstellern nachgehen einen Bescheid zu erteilen. Sollte die Verwaltung dieser Pflicht nicht nachgehen, so könne auch geklagt werden. Außerdem bittet Herr Schröder den Klimaschutzbeauftragten Baumann die CO₂ Zahlen zu ermitteln und die Zielgröße zu berechnen. Hierzu sei die genaue Fläche auf dem Fliegerhorst elementar. Nach Vorlage der Zahlen könne man dann entscheiden.

Ausschussmitglied Claußen unterstützt die geforderte Untersuchung von Ausschussmitglied Eilers.

Fachbereichsleiterin zu Jeddelloh teilt mit, dass die Zahlen an den Ausschuss weitergeleitet werden können, sobald diese vorliegen. Jedoch ist noch nicht genau absehbar, wann man diese von dem externen Büro BEKS geliefert bekomme. Bis zur nächsten Ausschusssitzung am 20.06.2023 sei dies sehr unwahrscheinlich. Frau zu Jeddelloh stimmt Ausschussmitglied Schröder zu, dass man die Zahlen aus der Treibhausgas-Bilanz abwarten könne und erst nach der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes diese Maßnahme auf den Weg bringen könne. So sei es in zwei anderen Ammerlandkommunen auch gemacht worden. Jedoch verliere man dann erheblich Zeit. Daher ist der Wunsch der Verwaltung, dass die Potentialanalyse bereits jetzt erstellt wird. Die entsprechenden Fachbüros seien derzeit auch gut ausgelastet, sodass der Auftrag auch zeitnah erteilt werden solle. Sie weist nochmals auf die vorliegenden abzuarbeitenden Anträge hin.

Ausschussmitglied Helms weist noch einmal daraufhin, dass lediglich um das Steuerungsinstrument für Freiflächen-Photovoltaikanlagen beraten werde.

Ausschussmitglieder Bruns und Kruse möchte die Entscheidung auf den 20.06.2023 verschieben.

Ausschussmitglied Eilers bittet bis dahin um Vorlage der Flächendaten.

Beratendes Mitglied Schröder fasst zusammen, erst THG ermitteln und dann Potentialanalyse. Weiterhin fragt er, ob die THG-Daten bis zur nächsten Bau-, Umwelt- und Klimaausschusssitzung am 20.06.2023 vorliegen könnten.

Ausschussmitglied Kruse stellt Antrag auf Sitzungsunterbrechung.

Ausschussvorsitzender Nacke unterbricht die Sitzung um 18:04 Uhr und eröffnet die Sitzung wieder um 18:17 Uhr.

Ausschussmitglied Eilers stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt zu vertagen bis die ermittelte Flächenzahl der schon gebauten Photovoltaikanlagen sowie die errechnete Zielgröße und die THG-Bilanz vorläge. Denn ohne diese Informationen könne man lediglich spekulieren und nicht entscheiden.

Ausschussmitglied Weden äußert, dass es seitens der SPD bei der Zustimmung bleibe.

Ausschussvorsitzender Nacke lässt über den Antrag von Ausschussmitglied Eilers, die Beratung auf den 20.06.2023 zu vertagen, abstimmen. Mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Nacke über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

Es ergeht bei 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen folgender Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Wiefelstede beauftragt die Gemeindeverwaltung die Erstellung der Analyse auszuschreiben und einen Auftrag zu erteilen. Die Ergebnisse sind im Bau-, Umwelt- und Klimaausschuss vorzustellen und erläutern.

**11. Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung eine Kommission zur Entwicklung des Ortskerns Wiefelstede
Vorlage: B/2305/2023**

Ausschussvorsitzender Nacke übergibt den Vorsitz an Ausschussmitglied Weden

Ausschussmitglied Nacke verliest den Antrag der CDU Fraktion und erörtert die Begründung.

Ausschussvorsitzender Nacke übernimmt wieder den Vorsitz

Ausschussmitglied Weden unterstützt den Antrag zur Bildung einer Kommission steht jedoch der Begründung der CDU-Fraktion kritisch gegenüber. Der Antrag müsse in der Begründung ergebnisoffener formuliert werden. Es sollte vielmehr die Sicherung der historischen Ortsmitte und die wohnortsnahe Versorgung im Ortszentrum das Ziel sein. Die Begründung sei so formuliert, dass die Umsiedlung des EDEKA-Marktes und die Entstehung des Fachmarktzentrums sicher sei.

Ausschussmitglied Teusner fragt, warum die Umsiedlung einiger Unternehmen als Tatsache angenommen werden. Er stehe der Umsiedlung kritisch gegenüber, denn mit der Umsiedlung würde der Leerstand im historischen Zentrum weiter gefördert werden. Herr Teusner schlägt eine ergebnisoffenere Bürgerbeteiligung vor. Grundsätzlich haben alle Fraktionen eine transparentere Arbeit gewollt, dieses würde er auch unterstützen.

Ausschussmitglied Bruns unterstützt diesen Vorschlag. Es sollen Bürgermeinungen in Form von Umfragen eingeholt werden. Er stelle sich ein Gremium mit allen Akteuren und Bürgern vor.

Ausschussmitglied Eilers erklärt, dass dieses Gremium als Ideenschmiede zu verstehen sei, welches die Attraktivität im Ortszentrum steigern solle. Zudem entscheiden Investoren und Einzelhandel selbst, wo sie sich niederlassen.

Ausschussmitglied Helm kritisiert, dass man in der Begründung die Umsiedlung von Edeka als durchgeführt ansähe und diese somit nicht ergebnisoffen formuliert sei. Herr Helm findet eine öffentliche Beteiligung mit allen Akteuren und Bürgern sinnvoll.

Ausschussmitglied Weden stellt fest, dass hier über das Einzelhandelskonzept diskutiert wird. Bei der Informationsveranstaltung über das Einzelhandelskonzept sei klargestellt worden, dass aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingung bei Planungen zum Einzelhandel kein Spielraum bestehe. Er unterstütze den Antrag, aber nicht die Begründung dazu.

Ausschussvorsitzender Nacke stellt klar, dass es hier um den Antrag und nicht um die Begründung gehe.

Fachbereichsleiterin zu Jeddelloh weist darauf hin, dass für die Errichtung eines Fachmarktzentrums eine gesonderte Beratung stattfinden wird. Bei dieser sollten dann die entsprechenden Argumente diskutiert werden. Zu diesem Bauleitverfahren soll möglichst zeitnah die Öffentlichkeitsunterrichtung stattfinden.

Es ergeht bei 6 Ja-Stimmen und 5 nein-Stimmen folgender Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Wiefelstede beantragt die Einsetzung einer Kommission zur Belegung des Ortskerns in Wiefelstede unter der Leitung des Bürgermeisters. In die Kommission sind Vertretungen von relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen zu berufen. Ziel soll sein, mit den Mitgliedern der Kommission eine Idee für den historischen Ortskern von Wiefelstede zu entwickeln auf deren Basis Planungen erstellt und Fördermöglichkeiten für die Quartierentwicklung beantragt werden können.

12. Information über die Inhalte der geänderten Fassung der AVBFernwärmeV und Information über die neuen Inhalte der Nieders. Bauordnung Vorlage: B/2306/2023

Fachbereichsleiterin zu Jeddelloh erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt auf Wunsch der SPD hinzugefügt wurde und die geänderten Rechtsnormen zur Kenntnisnahme und Information beigefügt worden sind.

Ausschussmitglied Weden ergreift das Wort und möchte nochmal darauf eingehen, dass die geänderten Rechtsnormen auch Einfluss auf die Nahwärmeversorgung Grote Placken haben werden. Hierbei erläutert er zum Teil die erfolgte Beschlussfassung zur Nahwärme Grote Placken.

Ausschussvorsitzender Nacke unterbricht Ausschussmitglied Weden und weist ihn daraufhin, dass das Thema Fernwärme im Baugebiet Grote Placken nicht Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes sei. Der Tagesordnungspunkt lautet Information über die AVBFernwärmeV und Nds. NBauO. Herr Nacke weist Herrn Weden weiter daraufhin, dass es aktuelle Beschlüsse der Verwaltungsausschüsse gebe, die eine erneute Beratung im Fachausschuss nicht zulassen.

Ausschussmitglied Weden erklärt weiter, man baue heute Häuser von morgen und man solle Abstand von fossiler Energie nehmen. Daher sei die Nahwärmeversorgung Grote Placken nicht mehr zeitgemäß. Der Bürgermeister habe damals den Auftrag ohne Beschluss des Verwaltungsausschusses vergeben.

Ausschussvorsitzender Nacke unterbricht Ausschussmitglied Weden abermals und erklärt, dass eine neue Beratung des Ausschusses nicht Gegenstand des Tagesordnungspunktes sei.

Ausschussmitglied Weden verliest einen Auszug aus der Fernwärmeverordnung. Er weist darauf hin, dass es Regelungen für (Versorgungs-)Unternehmen und Anschlussnehmer gäbe und diese im Widerspruch zum geplanten Anschlusszwang im Baugebiet Grote Placken stehen würden.

Ausschussvorsitzender Nacke entzieht Ausschussmitglied Weden das Wort.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema.

13. Einwohnerfragestunde

Es werden seitens der anwesenden Einwohner keine Fragen oder Hinweise vorgebracht.

14. Anfragen und Anregungen

Ausschussmitglied Claußen fragt, wann geht es mit dem Baugebiet "An der Bäke" weiter.

Fachbereichsleiterin zu Jeddelloh antwortet, dass das Verfahren Gegenstand der Sitzung am 20. Juni 2023 sein wird.

Ausschussmitglied Claußen fragt, was aus der Bauleitplanung Bilmez in Bokel geworden sei.

Fachbereichsleiterin zu Jeddelloh berichtet, dass Anfang Mai mit dem Antragssteller gemeinsam ein Lösungsweg besprochen wurde. Dieser sich aber noch nicht wieder gemeldet habe.

15. Schließung der öffentlichen Sitzung

Ausschussvorsitzender Nacke schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

gez. Jens Nacke
Ausschussvorsitzender

gez. Jessica zu Jeddelloh
Fachbereichsleiter

gez. Annika Jepping
Protokollführung